



**Berlin, 15. Oktober 2020
Nr. 34/2020**

An die Medien
in Berlin, Brandenburg und Sachsen

IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen startet Tarifrunde Metall- und Elektroindustrie 2021– Themen der Forderungsdebatte: Beschäftigungssicherung, Entgelt und Angleichung der Arbeitszeit im Osten

Berlin - Die Mitglieder der Tarifkommissionen der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen haben heute die Forderungsdebatte für die rund 300.000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie im Bezirk eröffnet. Deutlich wurde: Die Tarifrunde muss einen Beitrag zur Beschäftigungssicherung leisten und zugleich zur Stabilisierung der Nachfrage und damit der Binnenkonjunktur beitragen.

„Die Situation in der Metall- und Elektro-Industrie ist momentan uneinheitlich“, sagte Birgit Dietze, IG Metall Bezirksleiterin Berlin-Brandenburg-Sachsen: „Es gibt Unternehmen, die wirtschaftliche Schwierigkeiten haben und in denen Beschäftigte in Kurzarbeit sind. Auf der anderen Seite gibt es solche, die unter Volllast laufen und in denen uns die Beschäftigten signalisieren, dass es sogar Wochenendarbeit gibt.“

Ein mögliches Wahlmodell für eine Vier-Tage-Woche mit Teillohnausgleich könnte hierauf eine Antwort sein. In der Diskussion wurde dabei unterstrichen, dass ein solches Modell auch zur Entlastung der Beschäftigten einen Beitrag leisten könnte. Die hohe Inanspruchnahme des 2018 erkämpften tariflichen Zusatzgeldes (T-ZUG), das in freie Tage umgewandelt werden kann, zeige insoweit den deutlichen individuellen Wert freier Zeit in einer beschleunigten Arbeitswelt.

Die Tarifkommission hat auch über eine materielle Forderung diskutiert. Hier wurde deutlich, dass ohne materielles Volumen die Zukunft nicht gestaltet werden kann. „Gerade in den Betrieben, in denen auch während des Corona-Lockdowns weitergearbeitet wurde, erwarten die Beschäftigten Entgelterhöhungen“, so die Bezirksleiterin und Verhandlungsführerin Birgit Dietze.

Neben der Entgeltentwicklung und der Beschäftigungssicherung spielte das Thema Angleichung der Arbeitszeit eine wichtige Rolle. „Gerade haben wir 30 Jahre Deutsche Einheit gefeiert“, so Birgit Dietze. „Die Diskussion unserer Mitglieder zeigt, dass das Thema Angleichung überfällig ist. Unsere Belegschaften arbeiten in modernen, hochproduktiven Werken immer noch 38 Stunden pro Woche und damit unbezahlt drei Stunden mehr als ihre



Kolleginnen und Kollegen im Westen. Wir tragen eine gemeinsame gesellschaftliche Verantwortung.“

Auch die Themen Übernahme der Auszubildenden und tarifliche Regelungen für dual Studierende wurden diskutiert. Vertreter der Jugend unterstrichen dabei klar, dass eine tragfähige Übernahme von Auszubildenden und dual Studierenden das Fachkräftepotenzial von morgen sichert.

Vor diesem Hintergrund wird die IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen in den kommenden Wochen intensiv weiter darüber diskutieren, wie unter Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Situation, der wirtschaftlichen Lage der Metall- und Elektroindustrie sowie der strukturellen Herausforderungen in der Branche die materielle Forderung für die Tarifrunde aussieht. Die Tarifkommissionen in den Bezirken beschließen am 17. November 2020 das Forderungspaket.

Für Rückfragen: Andrea Weingart, 0151 29 23 11 82